

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad.

Nummer 91

Wildbad, Donnerstag, den 22. April 1920.

54. Jahrgang

Die Unabhängigkeit Südamerikas

Dem „Hamburger Fremdenblatt“ wird aus Buenos Aires geschrieben:

Bei Ausbruch des Kriegs war Südamerika mit Europa wirtschaftlich eng verbunden. Südamerika war die Erzeugungstätte für Nahrungsmittel und Rohstoffe, die von europäischen Schiffahrtsgesellschaften den europäischen Häfen zugeführt wurden. In Europa aber erhielten diese Erzeugnisse des südamerikanischen Bodens die Gestalt, die sie für den Verbrauch der Menschen geeignet macht. Ein Teil der Fertigwaren wurde wiederum mit den Dampfern und Seglern europäischer Reedereien über das Weltmeer nach den Ländern zurückgeschickt, aus denen der größte Teil der in ihnen enthaltenen Rohmaterialien kam.

Die Ausfuhr aus Südamerika, das Transportwesen und die Einfuhr nach Südamerika waren in den Händen von Europäern. Ebenso waren die europäischen Eigentümer aller in Südamerika tätigen Einrichtungen, die dieser Warenbewegung dienten, d. h. vor allem der dortigen Eisenbahnen und Banken. In Argentinien gehören die Eisenbahnen, mit Ausnahme der im Staatsbesitz befindlichen, noch jetzt so gut wie ausnahmslos englischen Aktiengesellschaften. Die großen Kauf- und Warenhäuser, in denen man alles kaufen kann, gehören ausländischen meist englischen Aktiengesellschaften.

Der Weltkrieg störte dieses Gleichgewicht mit einem Schlag. Die europäischen Fabriken mußten Granaten und Kriegsmaterial herstellen und konnten nicht mehr für die Warenausfuhr arbeiten. Das europäische Kapital wurde demnach von den Kriegsanleihen aufgesogen, das binnen kurzem die meisten am Kampf beteiligten Völker sich Kredit suchend an den großen nordamerikanischen Brüdern wenden mußten. Die überseeischen Dampfer wurden zu Transportschiffen umgewandelt. Europa löste unter dem Druck der Kriegsnöwendigkeiten seine hergebrachten wirtschaftlichen Beziehungen zu den überseeischen und insbesondere zu den südamerikanischen Ländern. Das einzige, was es nach wie vor von diesen Ländern verlangte, waren Nahrungsmittel, für die in zahlreichen, wenn nicht in den meisten Fällen, die Bezahlung in der Form der Aufnahme eines Kredits bei diesen Staaten, die bisher ausschließlich Schuldner gewesen waren, erfolgen mußte.

Eine solche Umwälzung hatte naturgemäß tief einschneidende Folgen im Wirtschaftsleben der südamerikanischen Länder. Südamerika war sich selbst überlassen und litt sehr bald unter dem Mangel an Fertigwaren. Alle Gegenstände des Luxus, alle Handwerkszeuge gingen an Knapp zu werden.

Erst hierdurch kam den Südamerikanern zum Bewußtsein, daß die Rohstoffe, aus denen die europäischen Waren hergestellt waren, zum ganz erheblichen Teil dem südamerikanischen Boden entstammten, daß also die Fabrikation dieser Waren im südamerikanischen Land das Gegebene gewesen wäre. Man fing an, in Südamerika dem Aufbau einer heimischen Industrie seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei dem Schiffsmangel war es nicht mehr möglich, den argentinischen Weizen restlos nach Europa zu verschiffen und einen Teil sodann als Weizenmehl zurückzuhalten. Man war also gezwungen, diesen Weizen in Argentinien zu vermahlen. Die so entstandene argentinische Mühlenindustrie hat es bereits so weit gebracht, daß sie in recht erheblichem Umfang Mehl exportiert. Man erhielt aus Europa nicht mehr die Sendungen von Käse, die nach keinem wohl zusammengesetzten Mahl fehlen dürfen. Da man über ungezählte Rinderherden verfügte, so war der Schritt zur Schaffung einer heimischen Milchindustrie geradezu selbstverständlich. Es fehlte an Vieh. Da man nahezu die halbe Welt mit Viehhäuten und Gerbstoffen versorgt hatte, so mußte man wohl oder übel sich dazu entschließen, im eigenen Lande Gerbereien einzurichten.

Einen Markstein in dieser Bewegung bildete die Einsetzung einer argentinischen Kommission zum Studium der Entstehung und der Förderung der während des Weltkriegs entstandenen „Erzeugnis“-Industrien. Sie wurde am 21. Juli 1918 beziehungsweise vom Ackerbauminister eingesetzt und hat vor kurzem ihren ersten Bericht erstattet. Ihre Vorarbeiten laufen darauf hinaus, daß die argentinische Regierung den zukünftigen Anzeigern benutzend alle für die Schaffung einer nationalen Industrie

notwendigen Maßnahmen ergreifen müsse. So müsse sie den jungen Industrien durch Ermäßigung oder Erlass der Steuern zu Hilfe kommen, sie müsse dafür sorgen, daß das heimische Verkehrswesen, das bisher der Ausfuhr von Rohstoffen und der Einfuhr von Fertigwaren dienste und nach den großen Häfen strebte, jetzt die heimischen Rohmaterialien den heimischen Fabrikationsstätten zuführe und dann im Lande als Fertigwaren verbleibe.

Ebenso geht Argentinien daran, eigene Banken zu schaffen, die die umgestaltete Volkswirtschaft finanzieren sollen. In Südamerika, dessen Wirtschaft bisher fast ausschließlich agrarisch war, jedoch der Besitz in der Hauptsache in Grund und Boden festgelegt ist, fehlt es doch keineswegs auch an beweglichem Reichtum. Eine angesehenere argentinische Zeitung hat bereits hervorgehoben, daß 113 Argentinier in den ausländischen in Buenos Aires tätigen Banken offene Depots von je 1 Million Pesos und darüber besitzen. Zahlreiche südamerikanische Staaten werden im Lauf des Jahres 1920 die erste Jahrhundertfeier ihrer politischen Unabhängigkeit von Europa begehen. Neben die politische Selbständigkeit Südamerikas tritt in mehr und mehr sichtbarer Form die wirtschaftliche Selbständigkeit dieses reichen Gebietes. Sie trat zuerst als eine Folgeerscheinung des Weltkriegs hervor. Sie wird gegenwärtig dadurch gefördert, daß Europa sich in politischen Kämpfen zerfleischt, statt für die Ausfuhr zu arbeiten und die gefährdete überseeische Stellung zu verteidigen. Und sie wird umso schneller zur Tatsache geworden sein, je länger die eigentlichen Wortführer und Machthaber im Rat der europäischen Völker die Befriedigung von Haßgefühlen und von Nachsicht für wichtiger halten als aufbauende politische und wirtschaftliche Arbeit.

Die Finanzen des Reichs.

Berlin, 21. April.

Im Hauptausschuß der Nationalversammlung sprach der Reichsfinanzminister Dr. Wirth über den Haushaltsplan für 1920. Der ordentliche und der außerordentliche Plan enthält eine Gesamtausgabe von 40 Milliarden, wozu der Fehlbetrag aus der Reichspost und der Eisenbahn mit zusammen 12,9 Milliarden hinzutritt. Dem ordentlichen Plan stehen an laufenden Einnahmen in Höhe von 25 Milliarden fortwährende und einmalige Ausgaben in Höhe von 27,95 Milliarden gegenüber. Die Deckung soll im wesentlichen geschehen durch direkte Steuern und Verbrauchsabgaben von 13,8 Milliarden, durch Zölle, Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen von 9,1 Milliarden. Unter den Ausgaben sind zu erwähnen: Verzinsung der Reichsschuld 12,4 Milliarden. Zur Ausführung des Friedensvertrags sind 5 Milliarden vorgesehen. Von weiteren Maßnahmen kommen weitere Steuern und Monopole in Betracht. Hierbei ist die grundsätzliche Frage nach der Wirtschaftsform — ob Privatwirtschaft oder sozialistische — den politischen Machtverhältnissen überlassen. Die Reichsfinanzverwaltung wird in absehbarer Zeit an eine Teilfestigung der schwebenden Schuld herantreten. Sie glaubt als das nächste Mittel hierfür wiederum die Sparprämienanleihe anzusprechen zu können. Aber auch der Kredit im Ausland bedarf einer sorgfältigen Beachtung.

Die zahlenmäßigen Voraussetzungen haben nur einen bedingten Wert. Täglich kommen neue Anforderungen. Zu den Lohnforderungen der Eisenbahner gesellen sich die Forderungen der Eisenbahnbeamten, die von einer in ihrer Form betrübten den Erklärung begleitet waren, wonach die Eisenbahnbeamten eine gerechte Einsetzung in die Beförderungsordnung verlangen und hier von den Grad der Dienstleistung abhängig machen. Nun hängt aber unsere Rettung von dem Angebot der letzten produktiven Kräfte ab. Die Frage, ob der Finanzminister in der Lage sein wird, für den finanziellen Teil des Vertrags der Übernahme der Eisenbahnen die Verantwortung zu übernehmen, ist nur im Zusammenhang mit dem allgemeinen Haushaltsplan zu beantworten. Dieser zeigt deutlich, daß eine Übernahme solcher Fehlbeträge auf die Reichskasse und damit auf die Steuerträger unmöglich ist. Die Genehmigung für Lohnerhöhungen kann nicht ohne Zustimmung der Nationalversammlung erfolgen. Die immer aufwärts drängenden Forderungen führen zur roten Pflaume, welche nicht neue Einnahmen geschaffen werden.

Neues vom Tage.

Das Besoldungsgezet.

Berlin, 21. April. Der Ausschuß der Nationalversammlung hat das Beamtenbesoldungsgezet unverändert angenommen. Für Beamte, die nach dem Gezet in eine höhere Gehaltsklasse fallen, erhält die Besoldung rückwirkende Kraft bis 1. April, während solche Beamte, die in eine niedrigere Gehaltsstufe eingereiht werden, das bisher bezogene Mehrgehalt nicht zurückzahlen haben. Zu dem Gezet lagen etwa 700 Eingaben vor.

Von der Reichswehr.

Berlin, 21. April. Nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums war in der Berliner Garnison Unzufriedenheit entstanden, weil die bisherigen Zulagen der Mannschaften mit Rückwirkung bis 11. März aufgehoben werden sollten. Die Truppen sandten eine Abordnung zum Minister, der eine wohlwollende Erwägung der Beschwerde zusagte.

Eine Erklärung Erharts.

Berlin, 21. April. Zu der angeblichen Verschönerung im Reichswehrministerium verleiht der Führer der Marinebrigade, Korvettenkapitän Erhart, aus dem Munsterlager eine Erklärung an die Presse. Er sei Anfang April zu einer Besprechung zwischen Offizieren und Arbeiterführern aufgefordert worden, durch die der Gegensatz zwischen Militär und Arbeiterschaft beseitigt werden sollte. Er habe seine Ansicht vertreten, daß jeder Generalkrieg, wie der letzte, zusammenbrechen müsse, wenn Regierung und Militär die Herzen nicht verlieren. Der erste, der beim Streit leide, sei der Arbeiter. Die Waffen gehören in die Hand des Militärs, der Arbeiter habe die Macht, ausschlaggebend für bessere Lebensbedingungen, Hebung der Saluta, der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zu wirken. Einig seien beide in der Bekämpfung des schmarozenden Kapitalismus, der Korruption, des Schiebertums und der Auflehnung gegen fremdstämmige Führung. Das Zusammengehen des Militärs mit den radikalen Elementen gegen die Regierung sei scharf abzulehnen. Er hoffe, daß sich ein Weg zeige, den Kampf der Volksgenossen gegen einander, der durch eine unverantwortliche Dege hervorgerufen worden sei, in Zukunft zu verhindern.

Berlin, 21. April. Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet: Die Militär- und Zivilbehörden in Merseburg haben bei der preussischen Regierung die Verlegung des Merseburger Hufengefangenenlagers beantragt, weil sich die Russen bei den Kämpfen im März besonders hervorgetan und sich auch sonst zu einer Art Landplage ausgewachsen haben.

Die Konferenz von San Remo.

Rom, 21. April. Ag. Stefani meldet: Am Dienstag wurden militärische Fragen geprüft, die mit der Durchführung des Friedensvertrags in der Türkei zusammenhängen. Benizelos erstattete Bericht. Auch die armenische Frage wurde erörtert.

Die Gerüchte, daß eine Zensur der italienischen und ausländischen Zeitungen verhängt werden soll, werden für unbegründet erklärt.

Paris, 21. April. Der Berichterstatter des „Temps“ tadelt, daß über die geheimen Beratungen des Obersten Rats Gerüchte und Meldungen veröffentlicht werden, die auf Vertrauensbruch und Furcherei beruhen müssen. So haben englische Berichterstatter gemeldet, daß über die deutsche Frage eine offenkundige Meinungsverschiedenheit zwischen Lloyd George und Millerand bestehe. Deutsche Berichterstatter in San Remo haben eine Zusammenkunft Englands und Italiens angekündigt. Dem „Intranseant“ zufolge haben sich die drei Ministerpräsidenten geeinigt, den Friedensvertrag insoweit zu ändern, als die sofort von Deutschland als Entschädigung zu zahlende Summe festzusetzen sei, wozu zahlreiche Sachverständige berufen worden seien. Ein Einverständnis über die Entwaffnung Deutschlands sei nicht erzielt worden.

London, 21. April. Die „Times“ spricht von erheblichen Meinungsverschiedenheiten. Millerand verlangt volle Erfüllung des Friedensvertrags, Ritti sei für eine weitgehende Abänderung, Lloyd George wolle die Durchführung des Vertrags der jeweils gegebenen Lage anpassen. Lloyd George und Ritti handeln in Uebereinstimmung.

Gegen die Kandidatur Erzbergers.

Berlin, 20. April. Der Reichsausschuss der Zentrumspartei hat sich nach dem „Berl. Tageblatt“ mit Mehrheit gegen eine Reichstagskandidatur Erzbergers ausgesprochen.

Feiertagsarbeit.

Berlin, 20. April. Abg. Buschmann und Genossen (Zentrum) haben in der Nationalversammlung eine kleine Anfrage eingebracht: Am Karfreitag, wie auch schon an anderen christlichen Feiertagen ist in einer großen Zahl von Betrieben, wie in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (A. E. G.), voll gearbeitet worden. Sind der Reichsregierung diese den christlich denkenden Volksteil schwer kränkenden und tief beunruhigenden Vorgänge bekannt? Welche Maßnahmen gedenkt sie zur Durchführung der §§ 105 b u. ff. der Gewerbeordnung im Zusammenhange mit Artikel 139 der Verfassung zu ergreifen? (Auch in Württemberg ist am Erscheinungstag gearbeitet worden.)

Aus dem Parteileben.

Berlin, 20. April. Senator Peterken-Hamburg ist an Stelle Friedbergs zum Vorsitzenden der Deutschdemokratischen Partei gewählt worden.

Wie berichtet wird, haben die aus der Deutschnationalen in die Deutsche Volkspartei übergetretenen Abgeordneten Kardorff, Krenndt und Dewitz ihren Schritt damit begründet, daß nach ihrer Meinung mit der Sozialdemokratie Frieden gemacht werden müsse.

Der Mainkanal.

München, 20. April. Der Plan des Rhein-Main-Donaukanal als Großschiffahrtsweg ist im Verkehrsministerium fertiggestellt und in Form eines Antrags dem Reichskanzler übergeben worden.

Betriebsrätewahlen.

Berlin, 20. April. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Gelsenkirchen meldet, zeigen die Betriebsratswahlen im dortigen Bezirk auf allen Seiten ein starkes Anwachsen der äußersten Linken.

Wahlen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 20. April. Von 40 neu zu wählenden Stadträten bei der gestrigen Wahl auf die Demokratische Partei 4, die U. S. P. 12 (bisher im Stadtrat nicht vertreten), die Deutsche Volkspartei 5, auf das Zentrum 7 und die Sozialdemokratische Partei 12 Sitze.

Aus dem besetzten Gebiet.

Oppeln, 20. April. Die Beamten und Arbeiter stellen die neue Forderung auf, daß von der Einführung des Paßzwanges in Oberschlesien abgesehen werde, um einer Abschnürung vom Deutschen Reich vorzubeugen.

Bentzen, 20. April. Der französische Besatzungsgeneral Veroud erklärte den Vertretern der Parteien, die Verbandskommission habe die Einsetzung von Betriebsräten in Oberschlesien nunmehr genehmigt, sie verbiete aber die Teilnahme an den Reichstagswahlen.

Vom Völkerbund.

Berlin, 20. April. Laut „Berl. Lokalanzeiger“ verlangt die norwegische Regierung vom Landtag einen Kredit von 130 000 Kronen (nicht 232 Millionen, wie gestern WTB. irrtümlich meldete) als Anteil Norwegens an den Verwaltungskosten des Völkerbunds bis 31. März 1920.

Rundgebung der Verbündeten.

Berlin, 20. April. Amtlich wird mitgeteilt: Die Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien haben ihre Geschäftsträger ermächtigt, dem Minister des Auswärtigen zu erklären, daß diese Regierungen eine deutsche Regierung, die nicht geneigt sein würde, den Friedensvertrag loyal auszuführen, in keiner Weise dulden können. Jede Wiederkehr einer revolutionären Bewegung, ebenso wie jeder Ausbruch von Unruhen würde nur das eine Ergebnis haben: die Maßnahmen zur Begünstigung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Verpflegung Deutschlands zu verzögern oder sogar unmöglich zu machen, während andererseits die alliierten Regierungen versprochen haben, derartige Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

(Fortsetzung.)

15
„Was! Ich bin hier glücklich! Bei Dir und den Jungen!“
„Anstimm, Hummelmchen! Was würde man in Berlin sagen, wenn ich Dich Deinen Verwandten vorentziehen?“
„Aß mir egal, was man in Berlin sagt!“
„Man würde mich mit Recht für einen Egoisten, einen schlechten Kerl halten, der seinem Glück im Wege steht und deshalb —“
„Deshalb?“
„— mußt Du mit dem Herrn da gehen!“
Sie ist sehr bleich geworden, die mutige kleine Hummel.
„Du sagst Dich von mir los, Du, Karl?“
Er wendet sich ab, damit sie nicht das verräterische Lächeln in seinen wetterharten Zügen bemerke.
„Nein, Hummelmchen, ich sage mich nicht von Dir los,“ erwidert er sanft, wie das Mädchen die tiefe, etwas rauhe Stimme noch nie vernommen hat. „Ich rate Dir nur als Dein väterlicher Freund: stoße Dein Glück nicht um einer Laune willen von Dir! Ich habe Dich nach bestem Ermessen erzogen. Du wirst in Deiner neuen Heimat bald Freunde finden — schüttele nicht den Kopf! Es ist so! Geld und verwandtschaftliche Beziehungen öffnen alle Türen. Du sollst uns euch nicht vergessen, Kind — mich und die braven Jungen! Du wirst uns stets das Feuerste auf der Welt bleiben — unser Sonnenscheinchen, auch wenn Du nicht mehr in unserer Mitte weilst!“
Und er legt den Arm um ihre Schulter und sie

Die Wahlvorträge.

Berlin, 20. April. Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung nahm heute endgültig die Reichstagswahlvorträge an, ebenso den Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten. Der Gesetzentwurf über die Volksentscheidung und die Vorträge über den Staatsgerichtshof sollen nach übereinstimmender Auffassung des Ausschusses dem neuen Reichstag zur Erledigung vorbehalten bleiben. Die zweite Lesung der Wahlvorträge und des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten finden in der Nationalversammlung am Donnerstag statt.

Wieder ein Komplott?

München, 20. April. Den im Festungsgefängnis Niederhöhenfeld untergebrachten Bolschewisten Mühsam, Toller u. a., die dort ihre Strafe absitzen, ist es infolge ihrer großen Bewegungsfreiheit gelungen, mit Genossen im Lande sich über einen Handstreich zu verständigen, der bereits bis ins einzelne vorbereitet gewesen sein soll. Nach der Entwaffnung der Einwohnerwehren sollte die jetzige Regierung in Bayern gestürzt und die Mätereischaft hergestellt werden. Die Regierung erhielt von dem Plan Kenntnis und traf sofort wirksame Gegenmaßnahmen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Aus dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 20. April. Die gestrige Nummer der „F. Z. am Mittag“ ist wegen der Devisen „Frankfurt vor der Räumung“ beschlagnahmt worden. Ein Schutzmann wurde von den Franzosen zu drei Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er nicht gegen das Publikum eingeschritten ist, das abfällige Bemerkungen über die Belgier machte.

Vom Völkerbund.

London, 20. April. Der Völkerbund hat die Finanzvertreter von 25 Ländern für Ende Mai nach Brüssel eingeladen. Die Konferenz wird sich hauptsächlich mit der Erörterung der Mittel beschäftigen, den Kredit wieder durch die gebräuchlichen Kredite fließen zu lassen.

Die englische Staatswirtschaft.

London, 19. April. (Reuter.) Chamberlain sagte in seiner Rede zum Staatshaushalt, da der auf der Grundlage der bisherigen Steuern erzielte Ueberschuß ungenügend sei, müsse er an das Land die Aufforderung richten, durch größte Kraftanstrengung den Kredit zu verbessern und die zukünftige Lage zu erleichtern. Die Staatseinnahmen betragen 71 Millionen Pfund Sterling mehr als der Voranschlag vor einem Jahr und 130 Millionen Pfund Sterling mehr als der Oktobervoranschlag des vorjährigen Haushalts, jedoch nur 63 Millionen mehr als der Oktobervoranschlag.

Der Streik in Italien.

Mailand, 20. April. Der „Corriere della Sera“ berichtet über den Generalstreik in Turin, daß zahlreiche Angestellte bereits wieder zur Arbeit zurückgelehrt sind. Aus Florenz wird berichtet, daß die dortigen Eisenbahner die Abfahrt von Carabinieri nach Turin, wohin sie wegen des Generalstreiks berufen worden waren, mit Gewalt verhinderten. Auch in Genua verhinderten die Eisenbahner mit Gewalt die Verladung eines Infanterieregiments nach Turin.

Räterepublik Zinne?

Mailand, 20. April. Der „Corriere della Sera“ berichtet von einem neuen bolschewistischen Generalstreik in Zinne. Die Agitatoren sollen aus Kroatien und Ungarn gekommen sein. Das Ziel sei die Räterepublik unter der Diktatur Annunzios. — Ob die Verbündeten dem Annunziojanzwiel nicht doch bald ein Ende machen werden?

Die Heberwachung des Kaisers.

London, 20. April. Im Unterhaus erklärte Bonar Law, Holland habe sich verpflichtet, den Kaiser, seinen Priesterhof und alle seine Beziehungen zur Außenwelt zu überwachen. Als Wohnort werde ihm Utrecht angewiesen. Ueber die Aburteilung der Beschuldigten durch das deutsche Reichsgericht werden die Verhandlungen vorgezogen, es seien aber noch keine Abmachungen getroffen.

Die Konferenz von San Remo.

San Remo, 20. April. Gestern vormittag 11 Uhr trat die Ministerkonferenz zur Beratung des Friedensvertrags mit der Türkei zusammen. Die türkische Friedensabordnung wird für den 10. Mai nach Paris berufen, um den Vertrag entgegenzunehmen. Zu der Nachmittagsitzung wurde die Antwort auf die Note Wilsons beraten und dann in die Prüfung der finanziellen Bestimmungen des türkischen Friedensvertrags eingetreten.

Die Unterredung Millerands mit Lloyd George war nach dem Pariser „Matin“ eine sehr feine. Millerand verlangte die völlige Entwaffnung Deutschlands und die genaue Einhaltung aller Bestimmungen des Friedensvertrags. Lloyd George war mit der Entwaffnung einverstanden, England will aber nach dem „Matin“ die Rolle des Schiedsrichters in Europa behalten; von den Festlandmächten solle keine die Oberhand gewinnen. Ebenso beansprucht England die Vorherrschaft im Osten (Kleinasien usw.). Die Stimmung in Italien sei gegenwärtig gegen die Verbündeten, besonders gegen Frankreich.

Die Londoner „Daily Mail“ erfährt aus Paris, Marschall Foch habe einen Bericht ausgearbeitet, nach dem ein Heer von 300 000 Mann nötig sein soll, um die Ausführung des Friedensvertrags in der Türkei zu überwachen.

Rom, 20. April. König Viktor Emanuel wird in San Remo eine Zusammenkunft mit dem Präsidenten von Frankreich, Deschanel, haben, der auch Lloyd George und die Generalkabinettsmitglieder sowie Marschall Foch beinwohnen werden. Wie verlautet, sollen die militärischen Sicherungsmaßnahmen besprochen werden, über die Frankreich immer noch nicht beruhigt ist. Von englischer Seite wird mitgeteilt, daß auch die Bekämpfung des Bolschewismus beraten werden soll.

Die Wahlen in Tschechien.

Prag, 20. April. Bis gestern Abend waren in 146 Wahlkreisen, in denen 220 Abgeordnete zu wählen sind, 153 Abgeordnete gewählt. 67 Mandate blieben unbesetzt. Es erhielten von den deutschen Parteien die Christlich-Sozialen 4, der Bund der Landwirte 6, Sozialdemokraten 23, Deutschdemokratische Freiheitspartei 2 und die Deutsche Wahlgemeinschaft 8, insgesamt 43 Mandate. Von den tschechischen Parteien erhielten die Nationaldemokraten 12, National-Sozialdemokraten 17, Sozialdemokraten 44, Agrarier 21, gewerbetreibende Volkspartei 14 und Modraeel-Partei 1, insgesamt 110 Mandate.

Wien, 20. April. Der weitaus größte Teil der Angestellten und Arbeiter der Südbahn erklärte sich gestern Abend zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit.

Wien, 20. April. Wie die Blätter melden, hat die jugoslawische Regierung den Lebensmittel- und Warenlieferungsvertrag mit Oesterreich gekündigt.

Anschlag auf Mannerheim.

Kopenhagen, 20. April. Aus Helsingfors wird über die Anpöckung eines bolschewistischen Anschlags gegen General Mannerheim, der während der Osterfeiertage in Helsingfors statthaben sollte, berichtet. Die dazu bestimmte Person hatte jedoch im entscheidenden Augenblick nicht den Mut. Bis jetzt sind 10 Personen verhaftet.

Der Aufstand in Mexiko.

Anapolis, 20. April. (Funkpruch.) Aus dem Hauptquartier der neuen Republik Sonora wird gemeldet: 5000 Mann der Streitmacht von Sonora unter General Angeles haben Culiacan, die Hauptstadt von Sinaloa, genommen. Sonoras Truppen rückten gegen die Küste von Mazatlan vor.

Nach einer Washingtoner Meldung des „Nieuwe Courant“ hat der ehemalige amerikanische Gesandte in Mexiko, Henry Lane Wilson, als Zeuge vor dem Senatsausschuss zur Untersuchung der Lage in Mexiko schwere Angriffe gegen die mexikanische Politik des Präsidenten Wilson gerichtet.

Dresden, 20. April. Die sächsische Regierung hat das Auslieferungverlangen gegen Hötz bei der Tschedolobafel gestellt.

Wie das „Prager Tagblatt“ berichtet, wurden in Ma-

ssen Arme herab.
„Hörst du nicht, Erntescheiter?“
„Was? ... Unser Sonnenscheinchen will er uns nicht ... Unser Sonnenscheinchen? ... Schlag dem Kerl den Schädel ein!“
„Sonnenscheinchen, Sonnenscheinchen! ... Wo ist unser Sonnenscheinchen?“
Aus dem Hintergrunde des Zimmers, wo sie gerade dem Justizrat ein Glas Kosmosisch kredenz hat, tritt die wilde Hummel hervor. Sie ist sehr bleich — so bleich, wie die „Jungens“ sie noch nicht gesehen haben.
„Ruhe, Jungens!“ ruft sie, ihre Stimme zur Festigkeit zwingend. „Ich gehe nicht gern von Euch fort — das glaubt mir! Aber ich muß, sagt Karl. Und wenn Karl es sagt, ist es so.“ Eine große Träne ist sich von ihren Wimpern und rollt langsam die Wange herab. „Wacht es mir nicht noch schwerer! Karl, Heber Karl —“ weudet sie sich hilflos an den Pflegevater, der der aufgeregten Menge gefolgt ist — „erkläre Du ihnen! Ich kann nicht —“
Und schluchzend, wie ein Kind, geht sie rasch aus dem Zimmer.
Unwillkürlich Gemurmel. Gebaute Häufte. Trohende Blässe nach der Erde hin, in die der kleine Justizrat, am ganzen Velbe zitternd vor Angst, sich zurückgezogen hat.
Da tritt der hünenhafte Peter hervor. Ein paar mal blinkt er den breiten Mund, ohne daß ein Wort herauskommt. Dann schreit er:
(Fortsetzung folgt.)



Aus der Heimat.

Wildbad, den 22. April 1920.

Sitzung des Gemeinderats vom 15. April 1920.
(Schluß.) Lebhafteste Erörterung ruft die von den Gemeinderäten Kappelmann und Schmid gestellte Anfrage hervor, ob es dem Vorsitzenden bekannt sei, daß die Badverwaltung die Kurtage, die Bäderpreise und die Bürgerbadgebühren um 100—200 % erhöht habe. Insbesondere, daß die Bürgerbadgebühr von 20 Pfg. auf 1 Mk. 50 Pfg. bezw. 2 Mk. erhöht worden sei. Hierdurch sei den Angehörigen des Mittelstandes und allen mittel- und minderbemittelten Personen der Besuch unseres Bades vollends ganz unmöglich gemacht, der ihnen infolge der hohen Eisenbahnfahrpreise und Pensionspreise ohnedies erschwert sei. Die Bürger seien ihres Freibades beraubt und unser Bad aufs Schwerste geschädigt. Der Vorsitzende erklärt, daß bis jetzt weder ihm, noch dem Gemeinderat über eine Erhöhung der Kurtage, der Bäderpreise und der Bürgerbadgebühren amtlich etwas bekannt geworden sei. Sollte die Mitteilung der beiden Gemeinderäte richtig sein, so müsse gegen eine solch ungeheure Erhöhung der Kurtage und Bäderpreise, die zweifellos eine große Schädigung unseres Bades bedeute, entschiedene Stellung genommen werden. Uebrigens sei eine Erhöhung der Kurtage ohne Mitwirkung des Gemeinderats nicht möglich, da die Kurtage nach Art. 3 des Gemeindebesteuergesetzes von 1903 eine Gemeindesteuer sei. Die Kurtage sei hier durch Beschluß der hies. Gemeindefolge vom 24. März 1869 mit Genehmigung des Ministeriums des Innern eingeführt worden und sei nur aus Zweckmäßigkeitsgründen und unter gewissen Voraussetzungen der Badverwaltung zum Einzug überlassen worden. Inzwischen seien Änderungen an der Kurtage nur unter Mitwirkung des Gemeinderats erfolgt. Wenn dies jetzt ohne solche geschehen sei, so sei dies ungesetzlich und man werde die Rechte der Stadtgemeinde in dieser Richtung entschieden wahren müssen. Wenn die Bäderpreise und Kurtage tatsächlich so ungeheuerlich erhöht worden seien, wie man hier höre, so sei dies gerade in heutiger Zeit, in der man von der Sozialisierung der Bäder spreche, unverständlich und entschieden zu bekämpfen. Den

höheren, mittleren und unteren Beamten, den Offizieren, den mittleren und kleinen Geschäftsleuten, Handwerkern und Arbeitern, die zusammen bisher Wildbad füllten, werde es dadurch geradezu unmöglich gemacht, unser Bad künftig noch zu besuchen. Wildbad, das durch den Krieg schwer gelitten habe, drohe so der völligen Ruin. Es würde darauf hinauslaufen, daß nur noch die Kriegs- und Revolutionsgewinnler und die Schieber Wildbad besuchen könnten, während bisher bei der Verwaltung unseres Bades oberster Grundsatz gewesen sei, daß unsere Heilquellen in erster Linie der leidenden Menschheit, ohne Ansehen des Portemonnaies und des Standes, zu dienen hätten. — Was dann die Badgebühr für die Freibäder der Bürger anbelange, so stehe nach der Badordnung von 1828 den Wildbader Bürgern und Bürgerinnen und ihren Verwandten bis in den 3. Grad Befreiung vom Badgeld, nicht aber von der Befreiung des Badpersonals zu. Letztere sei seither auf 20 Pfg. bezw. 30 Pfg. festgesetzt gewesen. Wenn diese Gebühr ohne Anhörung des Gemeinderats jetzt auf 1 Mk. 50 Pfg. bezw. auf 2 Mk. erhöht worden sei, so laufe dies auf nichts anderes hinaus, als daß die Wildbader ihres Freibades beraubt werden sollen. Das müsse unter allen Umständen verhindert werden.

Wenn die Mitteilungen der Gemeinderäte Kappelmann und Schmid richtig seien und daran sei nicht zu zweifeln, so müsse das Vorgehen der Bau- und Bergdirektion als im höchsten Grade bedauerlich bezeichnet werden, gegen das man sich mit allen zu Gebot stehenden Mitteln, nötigenfalls mit einer Beschwerde an die Landesversammlung oder mit einer Verwaltungsrechtsklage, zur Wehr setzen müsse. Leider müsse aus diesem Anlasse konstatiert werden, daß schon seit dem Tode des um Wildbad so hoch verdienten Präsidenten Schwarz die Bau- und Bergdirektion das Interesse, welches die Stadtverwaltung und die Kurinteressenten Wildbads naturgemäß an den Maßnahmen der Badverwaltung nehmen, gessichtlich übergehe. Während sie unter der Leitung ihres früheren Vorstandes Schwarz die Kurinteressenten und die Stadtverwaltung alljährlich zu einer gemeinschaftlichen Beratung zusammenrief, in welcher etwaige Wünsche gehört und beabsichtigte Änderungen besprochen wurden, werde dies

seit dessen Tod unterlassen. Es erhebe sich deshalb die dringliche Frage, welche man nicht mehr zur Ruhe kommen lassen solle, wie der Stadtverwaltung und den Kurinteressenten künftighin der nötige Einfluß bei der Badverwaltung zu sichern sei. Am zweckmäßigsten wäre wohl die Schaffung eines Beirats der Badverwaltung, in welchem die Gemeindeverwaltung, die Kurinteressenten, die Ärzte und die Badbediensteten vertreten sein sollten. Auf diesem Wege könnte eine der jetzigen Zeit und den politischen Verhältnissen angemessene Betriebsweise gesichert werden. Die Frage, ob die Stadt nicht an die Erwerbung des Bades wie z. B. Badenweiler, Rissingen u. A. denken soll oder ob an die Ueberleitung in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb, dessen Träger der Staat, die Stadt und die hiesigen Kurinteressenten wären, gedacht werden soll, müßte Gegenstand künftiger Erwägung sein, denn bei dem zu erwartenden starken Wettbewerb unter den Bädern könne Wildbad nur dann konkurrenzfähig bleiben, wenn sein Badbetrieb zukünftig nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werde, wobei aber das soziale Moment nicht außer Acht gelassen werden dürfe. — Es folgt noch die Erledigung verschiedener Verwaltungs-Angelegenheiten und kleinere Sachen.

* **Beschwefel.** Wie wir erfahren, ist das Hotel Graf Eberhard vom Inhaber der hiesigen Reformlehranstalt Herrn Dir. G. S. y erworben worden.

— **Preiserhöhung für Rindfleisch.** Unter Berücksichtigung der neuen Häutepreise hat die württ. Fleischversorgungsstelle die Kommunalverbände ermächtigt, die Höchstpreise für Rindfleisch in Stuttgart auf 4.20 Mk. in den Gemeinden des Landes auf 3.80 bis 4 Mark zu erhöhen.

— **Staatlich anerkannte Sänglin-Opfegerinnen.** Die württembergische und die badische Regierung haben gegenseitig vereinbart, daß Sänglingsopfegerinnen (in Baden auch die Kleinkinderpflegerinnen) die in dem einen Freistaat staatlich anerkannt worden sind, grundsätzlich auch in dem anderen Staat Anerkennung finden sollen.

Hülsenfrüchte.

In der neuen Volksschule werden Hülsenfrüchte wie Erbsen, Bohnen, Linsen in jeder gewünschten Menge abgegeben und zwar am Freitag vorm. 8—12 und nachmittags 2—6 und Samstag 8—2 Uhr.
Düten usw. sind mitzubringen.

Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Das ausländische Maisfuttermehl ist jetzt eingetroffen und können die Besteller dasselbe nächsten Samstag vorm. 8 bis nachmittags 2 Uhr im Städt. Mehllokal abholen lassen. Der Ztr. kostet 193 Mk.

Größere Bestellungen müssen gekürzt werden.

Säcke und Kleingeld sind mitzubringen.

Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabestelle.

Freiwill. Feuerwehr Wildbad.



Nächsten Sonntag, früh 1/2 8 Uhr rücken der Stab und die Jüge I.—VII. zur

Schul-Übung

aus. Entschuldigungen werden nur in dringenden Fällen angenommen.

Das Kommando.

Eugen Seydelmann
Mikleta Seydelmann

geb. Bolt

grüßen als Vermählte.

Heidenheim

Wildbad

22. April 1920.

Schuhhaus Wilh. Treiber, Wildbad.



Wenn Du elegantes Schuhwerk haben willst — So denk nur an die überall

bekannte Marke

MERCEDES

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Ortsgruppe Wildbad.

Samstag abend 1/2 8 Uhr

Versammlung

im „Ratskeller“ betreffend Vorstandswahl.

Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig.

Der Kassier.

Auf kommende Putzerei

empfehle ich mein reichsortiertes Lager in sämtlichen Bürstenwaren

Friedensqualitäten

ferner

Bodenwachs,
weiß und gelb,
Bodenöl, offen
Stahlpfähne,
Putztücher,
Fensterleder,
Türvorlagen,

Schmierseifen,
Seifen,
In- und auslän.
Seifenpulver,
Putzsand,
Geolin usw.

Robert Treiber.

+ Geschlechtskrankheit! +

Rasche Hilfe durch giffreie Kuren.

Harnröhrenleiden, früher auch veraltet, Unheil, heilung in 10 Tagen

ohne Berufsänderung, ohne Schmerzen, Kur-**Mann**

schwäche, ohne schmerzhaftes Einwirkungs-**Manne**

ohne Berufshinderung. — Über jedes der drei Leiden ist eine wirk-

lichen ärztlichen Gutachten und hundert freiwilligen Dankschreiben. Zu-

sendung geg. 1 Mk. für Post u. Spesen in beifolgl. Doppelpaket ohne Rücksendung

Spezialarzt **Dr. med. Dammann, Berlin G. 77**

Polandamer Str. 123 B. Spandau 9—11, 2—4, Sonntags 10—11 Uhr.

Genaue Angabe d. Leidens erforderlich, damit d. richtige Wirkstoffe gefast werden

Möller'sche Beamtenschule Oberndorf a. N.

Verwaltungs-, Verkehrs- und Handelsschule auch für Mädchen.

100 Mk. Belohnung

erhält derjenige, welcher mit den niederträchtigen Verleumder namhaft macht, der hartnäckig und wider besseres Wissen das Gerücht ausstreut, wir wollten unser Haus (Villa Liechtenstein hier) verkaufen — so daß ich den Täter vor Gericht überführen kann! Dessenfalls bringe ich demgegenüber zur Kenntnis, daß wir unser Haus nicht verkaufen, vielmehr seit mehreren Monaten eine

Anstalt für Nervenleidende

in demselben betreiben, welche als Gewerbebetrieb am hiesigen Gewerbegericht ordnungsmäßig angemeldet ist.

Dr. med. Hans Fischer, Kurarzt
und Frau.

Dresdener Bank

Aktienkapital und Reserven

Mark 340 Millionen

Stuttgart — Cannstatt — Heilbronn
Ulm.

Donnerstag, Freitag

eintreffend:

Cabliau,
Seelachs.

ferner

Salzheringe.

geräucherte

Heringe,

Bismarck-

heringe

Sardinen

in Oel,

Salzgurken

Essiggurken

empfehlen

Pfannkuch & Co.

Turn-Verein Wildbad.

Freitag abend 8 Uhr

Turnstunde,

für Turner

und Ausschüßigung

in der Turnhalle. Vollzäh-

liges Erscheinen der Turner

sowohl wie die Ausschü-

mitglieder dringend nötig.

Samstag abend 8 Uhr

Singstunde

im Gasthaus z. alten Linde.

Vollzähliges Erscheinen wird

im Interesse der Sache er-

wartet.

Der Vorstand.

Empfehle vom Freitag an:

Frischen Spinat

das Pfund zu 80 Pfg.

Rhabarber

das Pfund zu 60 Pfg.

Retfich und

Zwiebeln.

Zitronen, Feigen,

Orangen,

Aepfel etc. etc.

Romano Chierigato.

Kaufe alte

Grammophon-

platten auch Bruch.

per Kg. 10.—

Richard Curth,

— Musikhaus —

Pforzheim, Leopoldstr. 17

(Rossbrücke Kleidisch-Arkaden)

Säcke

einmal gebr. amerik.

Mehlsäcke, garantiert lochfrei,

per St. 16.—, la. neue

Zuteile 2 1/2 Str. fassend per

St. 30.— versendet unter

Nachnahme S. König, Es-

singen, b. Aalen.